

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

19.10.1923 (No. 243)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Verleger:
Dr. 933
und 954
Verkaufsstelle:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.,
Karlsruhe.

Wagnerspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 15.—20. Oktober 140 000 000 M. — Einzelnummer 35 000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Schlußzahl heute 900 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassencash gilt und vorzeitig werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Klageabweisung oder bei Nichterfüllung der Zahlungsbedingungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Anstrengung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in anderen unverschuldeten Fällen hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zusendungen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Ermäßigungen beim Steuerabzug

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt für die Zeit vom 14. bis zum 20. Oktober 1923 „32“. Nach der Entwicklung des in dieser Woche veröffentlichten Lebenshaltungsindex gegenüber dem nach der Verordnung vom 27. September 1923 aufgrund der letzten Index der zweiten Septemberwoche wurde sich an sich eine niedrigere Verhältniszahl ergeben haben. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß bei einer starren Anknüpfung der Ermäßigungen an das Verhältnis zwischen dem letzten Lebenshaltungsindex und dem in der zweiten Septemberwoche festgestellten Lebenshaltungsindex eine zu hohe steuerliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger eintreten würde. Daher ist die Verhältniszahl abweichend von den Bestimmungen der Verordnung vom 27. September 1923 für die kommende Kalenderwoche festgesetzt worden und zwar so, daß bei dem Vergleich mit dem jetzigen Lebenshaltungsindex statt von dem Index der zweiten Kalenderwoche des Monats September von dem Mittel zwischen diesem Index und dem der ersten Septemberwoche auszugehen worden ist (also statt von 5 051 046 von 3 448 153). Danach beträgt die Verhältniszahl 32. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl 32 ergeben sich z. B. folgende

Wohlgemeinermäßigungen:

für die Zeit von	für Steuerpfl. u. Ehefrau je	für jedes minderjährige Kind	für Werbungskosten
18.—30. 9. (Grundjahr)	172 800	1 152 000	1 440 000
7.—13. 10. (8 Tage)	1 382 400	9 216 000	11 520 000
14.—20. 10. (32 Tage)	5 529 600	36 864 000	46 080 000

Der im Wege des Steuerabzugs eingehaltene Betrag ist in allen Fällen auf volle 100 000 M. nach unten abzurunden.

Die Kartoffelversorgung

Die wirtschaftliche Not lastet zur Zeit schwerer denn je auf der Bevölkerung der Städte. Trotz eifrigsten Bemühens der Regierung und mit Hilfe der landwirtschaftlichen Organisationen, der Stadtwahlvereine und der Verbrauchervereinigungen, die Kartoffelversorgung in den Städten sicherzustellen, ist es noch nicht gelungen, die genügende Menge von Kartoffeln aufzubringen. Ganz abgesehen davon, daß es durch die hohe Preislage der großen Mehrheit der städtischen Bevölkerung unmöglich ist, sich mit Wintervorräten einzudecken, bleibt die Zufuhr von Kartoffeln für den täglichen Verbrauch und für die fallernotwendigste Notstandsversorgung völlig unzulänglich.

Vor dem Eintritt der Herbstfröste muß unbedingt für eine genügende Kartoffelzufuhr gesorgt werden. Der Minister des Innern hat darum die Vorstände der Bezirksämter beauftragt, die Bürgermeister ihrer Amtsbezirke zu einer Konferenz zusammenzurufen und ihnen den Ernst der Lage noch einmal in dringender Form darzustellen. Tatsächlich sind die Ernährungsvorhältnisse in den Städten, die bereits verschiedene Nahrungsdemonstrationen zeigen, äußerst kritisch. Erst in den letzten Tagen haben solche Demonstrationen, die von unverschämten Elementen auch politisch mißbraucht werden, in Mannheim zu schweren Störungen der öffentlichen Ordnung und zum Verlust von Menschenleben geführt; an anderen Orten drohen solche Störungen.

Eine große Verantwortung liegt darum in dieser Zeit auf der badischen Landwirtschaft. Sollten die Ermäßigungen der badischen Regierung ungenutzt bleiben, dann wird die Regierung gezwungen sein, eine Zwangsaufgabe zur Kartoffellieferung durchzuführen. Die Regierung hat Auftrag gegeben, für die Ausschreibung einer Kartoffelumlage die nötigen Vorarbeiten zu treffen. Nur wenn die Landwirtschaft freiwillig abzuliefern sich bereit erklärt, kann die Regierung auf die Durchführung dieses Planes verzichten.

Der neue Aufbau

Das Reichskabinett hat seit dem vorigen Samstag die Vollmachten, die es ihm erlauben sollen, ohne die große Zahl der Geminnungen im Innern an die verschiedenen, vor allem auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik liegenden Aufgaben heranzuziehen, welche aus der gegenwärtigen Lage Deutschlands resultieren. Daß freilich eine solche kommende Faktoren weiterhin jede Rechnung und jede Arbeit zu nichte machen können, — selbst wenn sich im Innern die Lage bessern sollte, was dringend zu wünschen wäre — dürfen wir nicht vergessen, erzählen uns davon doch unsere bisherigen und gerade die jüngsten Erfahrungen zur Genüge.

Das Wort **Aufbau** haben wir immer wieder gehört: seit dem November 1918, und auch noch mehr; wir haben vielfach zahlreiche Ansätze zu Taten auf den verschiedensten Gebieten gesehen, die zu Hoffnungen berechtigten, aber immer wieder, vor allem durch das Verhalten derjenigen Gemner Deutschlands, denen der Friede „ein Krieg mit anderen Mitteln“ war, zunichte werden mußten.

Lloyd George hat kürzlich die Lage dahin gekennzeichnet, daß nun alles auf die Politik ankomme, die Frankreich des weiteren einschlägt, wobei er darauf hinwies, daß in Frankreich drei Strömungen beständen, die eine von Intellektuellen

getragen, welche sich nur für die Nachherrschaft Frankreichs interessierte und die Entschädigungen höchstens als ein Mittel und einen Vorwand einschätze, die zweite, die Bauern und Rentner Frankreichs, welche ihre Vorschüsse zum Wiederaufbau erst jetzt haben wollten, und die dritte, die der Schwerindustrie, welche auf die unerlöschlichen Möglichkeiten des Ruhrgebietes starrte. Es sei fraglich, ob unter solchen Umständen eine französische Regierung „aromatisch“ sein könne, selbst wenn sie es wolle.

Aus solcher und ähnlichen und damit zusammenhängenden weiteren Erwägungen wird sich für den Vorschlag der Reichsregierung über ihre Arbeit, das eine Grundbede von vornherein ergeben, daß alle Rechnungen so aufzubauen, alle Pläne so zu fassen sind, daß keine ungesicherten Faktoren, keine durch einen Ausbruch von Unruhen her so leicht zu erschütternden schwachen Stellen entstehen. Das Wort des Reichsfinanzministers: „Wir sind ganz auf unsere eigene Kraft angewiesen“, gilt hier vor allem. Denn, wenn es auch nicht ausgeschlossen ist und auf keinen Fall unmöglich ist, daß im Ausland weitere Deutschland dienliche und für uns ausnützbare Entwicklungen doch noch eintreten, vor vornherein und leider auch gegenwärtig noch, können wir damit nicht rechnen.

Das eine aber ist sicher und aus zahlreichen sehr respektvollen Stimmen geht es hervor: Das deutsche Volk hatte im Ausland durch den Ruhrkampf und sein weiteres Verhalten ein erhebliches moralisches Plus gewonnen, das ein weiterer Ansporn sein müßte. Gerade, daß die deutsche Bildung und Diszipliniertheit, teils aus früher feindlichem, teils aus neutralem Munde dabei immer wieder Anerkennung fanden und dem Verhalten des russischen Volkes lobend gegenübergestellt wurden, konnte unsern Volk und denjenigen seiner Teile die allen Glauben an die Volksgenossen zu verlieren drohten oder schon verloren hätten, zeigen, daß doch noch nicht alles verloren war. Das deutsche Volk würde auch dieses keine nun angesammelte Kapital verwirrwachen, wenn es dem lauten hysterischen Geschrei unermüdetlicher und unwillkürlicher radikaler Elemente, die jetzt glauben, ihre Zeit sei gekommen, Folge leisten würde.

Denn der Wiederaufbau, zu dem sich Deutschland nach dem zweiten verlustvollen Zusammenbruch jetzt anschickt, erfordert vor allem guten Geist, der Vor- und Grundbedingung jeder wertvollen Arbeit ist, zumal einer unter solch schwierigen Umständen unternommenen. Das andere Erfordernis ist freilich ebenso wichtig, ein damit verbundener klar erkennbarer, gegenwartsbewusster und mobiler Intellekt. Wahrscheinlich ist unser heutiges Gend dadurch mißbeurteilt, daß in unserem Volk die richtige Verbindung dieser Dinge, die man in diesem Zusammenhang am besten politischen Sinn nennt, nicht entstehen konnte, weil man die rechten Mittel dazu nicht fand, weil man das Grobmaterialie, das auch in politischen und wirtschaftspolitischen Fragen nicht den Ausschlag geben darf, zu sehr überwuchern ließ, anstatt es energisch zurückzudrängen und es andererseits nicht verstand, allen Einzel- und Klasseninteressen von vornherein den Staatsgedanken und die unbedingte Autorität des Staates überzuordnen. Unerfreulich ist in dieser Hinsicht haben wir bis zuletzt erlebt. Nehi, wo ein kleiner Kreis von Männern weitgehende Vollmachten hat, kommt alles darauf an, daß sie wirklich zu führen und die guten im deutschen Volk zweifellos noch vorhandenen Eigenschaften zusammenzufassen und auf das Ziel hinzuleiten imstande sind und daß ihnen nicht fortwährend in den Arm gefallen wird.

Die Aufgaben, vor denen die Reichsregierung steht, sind tiefenhaft und werden noch schwerer dadurch, daß immer weitere Störungen und Bedrohungen dieser Aufbauarbeit durch den Faktor „französische Politik“ eintreten. Das Programm der Reichsregierung ist: **Ordnung des wirtschaftlichen Chaos und Beendigung der wirtschaftlichen Anarchie in Deutschland.** Demgemäß richtet sich ihr Streben auf eine Reihe wirtschafts- und finanzpolitischer Reformen, die zunächst wenigstens mit dem Schlimmsten aufräumen sollen.

Die Sanierung der Währung ist ein Ziel, das eigentlich fast alle anderen Aufgaben in sich schließt, nämlich insofern, als deren erfolgreiche und wirksame Bearbeitung Vorbedingung dazu ist. Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik bewegen sich alle gegenwärtigen Bemühungen der Reichsregierung, die so versucht, die Voraussetzungen für die Beendigung der Inflation und die spätere endgültige Einrichtung der Preisobergrenze zu schaffen. Diese wird nur der Schlüsselstein sein, ein Werkstück, das einem tüchtigen Währungssteuerner gar keine besonderen Schwierigkeiten machen würde, wenn nur der übrige Bau erst dahünde.

Die verschiedenen Verordnungen, welche die Reichsregierung bereits kraft der ihr übertragenen Vollmacht erlassen hat, betreffen zunächst die allerdringendsten Gegenstände, die Er-

werbsloosfürsorge, die Rohlenwirtschaft, die Brotversorgung, die Wanderung der unter den heutigen Verhältnissen einfach nicht mehr haltbaren Demobilisationsverordnungen, vor allem aber die Schaffung eines vorläufigen wertbeständigen Zahlungsmittels und damit zusammenhängend eine vorläufige Steuerreform, durch die das Reich auch wertbeständige Steuereinnahmen erhält. Eine Reihe weiterer wichtiger noch unbedingte erforderlicher Regelungen ist zu erwarten, vor allem auch solche, welche Sparmaßnahmen in die Wege leiten, die ebenso wie weitere Reformen der Steuererhebung das Ziel haben müssen, den Ausgleich des Reichsbudgets allmählich herbeizuführen, wozu die Reichsregierung durch das Ermächtigungsgesetz vollständig freie Hand bekommen hat. Daß die endgültige Steuerreform nur auf dem Weg einer dezentralisierten, einer wieder mehr föderalistisch eingerichteten Steuerorganisation erfolgen kann, daß Länder und Gemeinden nicht weiter Kostträger des Reichs bleiben dürfen, sondern weitgehende Steuerrechte und damit wieder ihre Verantwortung zurückgewinnen müssen, ist Ansicht aller Sachverständigen und auch der Beteiligten selbst. In Aussicht stehen ferner Neuordnungen auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhrerhebung, u. a. Verbote und Einschränkungen der Einfuhr von Luxus- und nicht lebensnotwendigen Artikeln.

Angekündigt ist auch bereits eine Verordnung gegen die Ausschreitungen der Preispolitik der Kartelle und Vereinigungen. Hier sind auch die engen Zusammenhänge nicht zu übersehen, die in der industriellen Produktion zwischen Produktionsrückgang und Preisdriftatur bestehen. Schützt doch die Preisdriftatur der Kartelle geradezu unproduktiv arbeitende Betriebe, die sie von organisatorischen und technischen Verbesserungen abhält. Die Kartelle stellen ihre Preise eben einfach so, daß auch diese Betriebe noch auf ihre Rechnung kommen. Die monopolistischen Tendenzen der Kartelle, die sich mit Erfolg bemüht haben, auch Arbeiterorganisationen für ihre Zwecke zu verbinden, sind ein Krebsgeschwür der Wirtschaft, der schon in normalen Zeiten bekämpft werden muß, in solchen wie den jetzigen aber sich noch viel verheerender fühlbar macht. Der Mangel, daß die Frage der Arbeitszeit aus dem Ermächtigungsgesetz herausgeblieben ist, wird sich nur dadurch wettmachen lassen, daß die deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft und ihre Organisationen sich freiwillig und ohne Bindung an Parteidoctrinen auch auf diesem Gebiet zu gewissen erforderlichen und tragbaren Konzessionen entschließen, daß alles geschieht, um eine Verschärfung des Streits zwischen Kapital und Arbeit zu verhindern, natürlich auch von der Gegenseite, die sich nur von der Notwendigkeit der Vermehrung und Verbesserung der Produktion leiten lassen darf.

Überblickt man den gesamten Aufgabenkreis auch nur oberflächlich; dann sieht man sofort, wie notwendig es ist, daß unter einheitlichen Gesichtspunkten von einer zentralen Stelle aus gearbeitet wird, wie es ja auch das Ermächtigungsgesetz vorsieht. Alle Schäden, die wir spüren, stehen miteinander im engsten Zusammenhang und bedingen sich zum allergrößten Teil geradezu gegenseitig.

Unsere wirtschaftliche Unproduktivität, der vielfache Leerlauf der deutschen Produktion, das Anschwellen des gesamten Verwaltungsapparats, zum erheblichen Teil auch die Ausschreitungen der Preisdriftatur sind alles Folgen der Inflation, aber auch andererseits Erscheinungen, die von der Inflation immer wieder aufs neue gefördert werden. Der Kluch der bösen Tat ist's, daß sie fortzeugend Böses gebären muß.

Nur eine freilich schmerzhaft und schwere Operation und darnach umfichtigste Pflege und strengste Diät werden den Körper der deutschen Gesamtwirtschaft retten können. Das was zuerst nur Funktionsstörungen einzelner seiner Teile schienen, ist zu einer schweren Erkrankung des Gesamtorganismus geworden, die durch keine Mittelchen nicht mehr zu kurieren sein wird. Schwerste Fiebererscheinungen, das Stoden des Blutumschlages im deutschen Wirtschaftsleben, das Verlagen der politischen Nervenzentren zeigen uns diesen Zustand an.

Wo wir stehen, das sehen wir ziffernmäßig täglich im Stand der auswärtigen Kreditauten im Vergleich zum deutschen Papiergeld, zeigen uns auch zahlreiche andere Tatsachen: der Rückgang unserer Ausfuhr, die Störungen der Versorgung und der Produktion, das lächerliche Verhältnis der Steuereinnahmen zum finanziellen Bedarf des Reichs, das Schwinden des Goldbestandes der Reichsbank seit dem Ruhrkrieg um mehr als die Hälfte u. v. a. Dabei stehen in Deutschland die weitesten Kreise der Bevölkerung unter dem Druck schimmstrotter Not; wird diese Not von der radikalen Propaganda für einseitige Parteizwecke ausgenützt, zeripferrt das deutsche Volk dadurch seine Kräfte noch mehr und treibt so dem Stadium der Auflösung zu.

Die Reichsregierung soll und will aufbauen und kann nur in einer Hand das Werkzeug führen, in der andern muß sie lagern das Schwert halten, um wenigstens ihre Feinde im Innern abzuwehren. Und selbst wenn ihr das gelingt, ist sie nicht sicher, daß Feinde von außen her dauernd den Bau hören und mühsam Errichtetes wieder zerstören. Diese Situation ist bekannt und jedem einzelnen deutlich sichtbar und dennoch stellt sich der deutsche Wille, der Wille zur Einheit und geschlossenen Mitarbeit nicht so ein wie wir ihn brauchen, dienen weiter Eigenmacht, Eigenbrödel und nicht zuletzt Unvernunft den Feinden Deutschlands.

Was sehen wir ferner heute? Die Wirtschafts- und Standesorganisationen nehmen lange Entschleunigungen an, stellen lange Reihen von Forderungen auf, wollen von sich d. h. vom Standpunkt ihres Interesses und ihrer Klasse aus, der Allgemeinheit, als deren Vertretung die Reichsregierung gerade jetzt betrachten müssen, ihre Mittel aufdrängen. Und noch schlimmer: die radikalen politischen Parteien benutzen alle ihre Einflüsse, selbst einzelne Länder des Reiches, die doch gerade jetzt zusammenstehen müßten, um ihre einseitigen, dem deutschen Volk als ganzem auf keinen Fall dienlichen Forderungen zu vertreten und womöglich durchzusetzen.

Zum heißen Wunsch jedes Deutschen, der das Recht für sich in Anspruch nehmen will, sich Deutscher zu nennen, daß der Neuaufbau gelinge, genügt nicht der billige Ruf „Regierung werde hart“, sondern der Ruf muß heißen „Deutsches Volk werde hart“. Nicht nur die eigentlichen Zerschlagungserscheinungen im Reich und die Ausschreitungen der wirtschaftlichen Anarchie, sondern selbst solche Bestrebungen, die in anderer, besserer Zeit berechtigt und durchführbar wären, müssen zurückgedrängt werden, dürfen nicht mehr weiter vorwärts schreiten. Andernfalls wird uns das Reich nicht bleiben.

Carl Aug. Seufried.

Die neue Ablehnung

Eine deutsche Note an die Reparationskommission

Der neue ablehnende Bescheid, den der deutsche Geschäftsträger in Paris erhielt, geht, wie aus Berlin berichtet wird, dahin, daß Poincaré erklärte: ihm seien die von der Reichsregierung und den Länderregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Befehle und Verfügungen nicht als solche für ihn nur auf die Tatsachen an. Das allein ausschlaggebende für ihn sei die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen. Er müsse sie im Gegenteil als Element des Widerstandes bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung eine Finanzierung der Sachlieferungen fertig brächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

Offiziös wird in Berlin versichert, daß der Standpunkt der Reichsregierung sich durch den Mißerfolg der neuen Verhandlungen nicht verändert habe, also derselbe sei wie der in den Instruktionen an den Völkerrat v. Hörsch zum Ausdruck gekommen. Die Bemerkung Poincarés, er wolle vorerst die Erörterung neuer deutscher Vorschläge in der Reparationskommission nicht zulassen, bezog sich auf die Ankündigung des deutschen Geschäftsträgers, daß die Reichsregierung die Absicht habe, sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung zu setzen. Ungefähr gleichzeitig hatte Reichskanzler Stresemann einen Vertreter der Londoner „Daily News“ erklärt, daß Deutschland daran sei, eine neue Note an die Reparationskommission zu senden. Die Vorschläge, die die Reichsregierung darin machen wird, werden wohl in der Hauptsache diejenigen umfassen, die der Reichskanzler in seinen Reden im August und September bereits gemacht hat. Wenn jetzt der französische Ministerpräsident sich von vornherein weigert, die Erörterung eines neuen deutschen Vorschlags in der Reparationskommission zuzulassen, so wird die Reichsregierung prüfen müssen, ob die Ablehnung einer einzelnen in der Reparationskommission vertretenen Macht ausreichend ist, um sie an der Überreichung einer Note an die Kommission zu verhindern.

Aus französischen Pressemitteilungen wird inzwischen bekannt, daß am Mittwoch eine aus den Herren Stinnes, Röckner und Böpler bestehende Abordnung der Rechenbesitzer des Ruhrreviers erneut mit den Besatzungsbehörden in Düsseldorf verhandelt hat, um Zusicherungen über die Wiederannahme der Produktion zu erhalten, und daß auch hierbei kein Erfolg erzielt werden konnte, da die Besatzungsbehörden darauf bestehen, daß die Rechenbesitzer die Reparationskostenlieferungen auf ihr eigenes Risiko übernehmen sollten.

Die Folgen für das Ruhrgebiet

Nachdem es Frankreich abgelehnt hat, mitzuwirken, daß die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder in Gang kommt, ist für die nächste Zeit mit einer sehr gefährlichen Entwicklung der Arbeitslage im Ruhrgebiet zu rechnen. Die Rechenbesitzer haben sich außerhande erklärt, ihre Arbeiter weiterzubeschäftigen, weil sie sie nicht bezahlen können, die Reichsregierung andererseits ist nicht in der Lage, weitere Subventionen an das Ruhrgebiet zu leisten — sie sollen mit dem 21. Oktober eingestellt werden — und die Reparationskostenlieferungen den Industriellen zu bezahlen. Die weitere Folge wird sein, daß der größte Teil der Bewohner des Ruhrgebietes in Kürze dem Nichts gegenübersteht.

Von der Haltung der deutschen Industriellen gibt der Berichterstatter der Londoner Times im besetzten Gebiet folgendes Bild: In einer Sitzung der Industriellen wurde festgesetzt, daß der Finanzminister zu dem Schluss gekommen sei, daß es unmöglich sei, gegenwärtig die Sachlieferungen für Frankreich oder überhaupt irgendwelche Entschleunigungsleistungen an die Verbündeten weiter zu bezahlen. Das finanzielle Elend, der Verlust der Steuer- und Eisenbahneinnahmen im Rheinland und Westfalen, die allgemeine Erschöpfung nach dem Ruhrkampf und die dringende Notwendigkeit, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, verlangen dringende Maßnahmen und die Beschränkung auf das wirtschaftliche Problem. Wahrscheinlich würden sogar die Vordrucke in Papiermarkt an die Besatzungsbehörden einstellt werden müssen. Die Regierung bereitet eine Note an die Verbündeten vor, die baldmöglichst abgegeben werden soll und die die Einstellung aller Entschleunigungsleistungen bis auf weiteres darlegt. Es war den Industriellen damit klar geworden, daß die Antwort auf die Frage, die jeder stellte: „Wer bezahlt die Wiederherstellungskosten?“, offensichtlich nicht „Berlin“ heißen werde, da die Re-

gierung angezeigt habe, daß weder Zahlungen noch Ruhestreife weiter gewährt werden können. Die letzten Summen aus den Ruhrgebieten zur Zahlung der Löhne werden mit dem Ende dieser Woche erschöpft sein.

Die Industriellen hätten eingehende Untersuchungen dahingehend angestellt, aber niemand habe sich bereit erklärt, Leuten Kredit zu gewähren, deren Eigentum sich in den Händen fremder Truppen befände und jeden Augenblick enteignet werden kann. Holländische Bankleute haben es grundsätzlich abgelehnt, einer deutschen Firma Kredit zu gewähren. Auch von England ist unter keinen Umständen Beistand zu erwarten. Einige der größeren Betriebe können Kredite in Deutschland aufnehmen, die es ihnen ermöglichen würden, für weitere 7 bis 14 Tage Löhne zu zahlen; aber das wäre auch alles. Ihr Verzicht an Dingen, erklärten die Industriellen, sei völlig erschöpft.

Die Reichsregierung muß, wie aus Berlin gemeldet wird, auch die Abgeltung von Sachschäden einschränken. Noch nicht angemeldete Schäden aus der Ruhrbesetzung sollen nur noch berücksichtigt werden, für bis 28. September eingetretene Schäden bis zum 31. Oktober, für später eingetretene bis zum 30. November, wenn sie bei den Feststellungsbehörden oder dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete gemeldet werden. Nach dem 31. Oktober entstandene Schäden können nicht berücksichtigt werden.

Politische Neuigkeiten

Sachsen und das Reich

Der Brief des Generals Müller an die sächsische Regierung, in dem darauf hingewiesen wurde, daß der sächsische kommunistische Finanzminister Böttcher eine Rede gehalten habe, die eine offene Kampfansage gegen die Reichsregierung bedeutete und einen Aufruf zur Bewaffnung, ist von der sächsischen Regierung, wie Ministerpräsident Zeigner bereits ankündigte, innerhalb der gestellten Frist nicht beantwortet worden. Daraufhin hat General Müller ein weiteres Schreiben an Zeigner gerichtet, in dem er mitteilt, daß er die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Reichswehrminister unterbreitet habe. Aus Berlin wird mitgeteilt, daß auch das erste Schreiben Müllers im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister ergangen sei.

Dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge soll die Antwort des Reichswehrministeriums auf die Bitte des Generals Müller um weitere Anweisungen umgehend erfolgt sein. Wenn auch über den Wortlaut der Instruktionen Stillschweigen bewahrt wird, so dürfte doch so viel gesagt werden, daß es bei den von der Reichsregierung ergangenen Anweisungen heißt: Der Reichswehrminister soll angeordnet haben, daß die Aufführung der proletarischen Hundertschaften in Sachsen sofort durchzuführen sei. Die Aktion einschließlich der Beschlagnahme etwa vorhandener Waffen soll durch die sächsische Landespolizei durchgeführt werden. Sollte hierbei Widerstand geleistet werden, so wäre Reichswehr einzusetzen.

Bei den von General Müller beanstandeten Ausführungen des Finanzministers Böttcher handelt es sich um eine Rede, die Böttcher am 13. Oktober in einer kommunistischen Versammlung in Leipzig gehalten hat. Böttcher hat geäußert, daß die proletarischen Hundertschaften sofort zu bewaffnen sind. Die Hundertschaften, Aktionsausschüsse, Kontrollausschüsse und Betriebsräte seien die Organe, mit denen das Proletariat heute seine Kämpfe führen müsse. Diese Ausführungen hätten eine Resolution zur Folge, in der es heißt, daß die Versammlung genehmigt sei, nun erst redet die verborgenen proletarischen Hundertschaften und die übrigen Kampfmittel auszubauen. Damit ist, so argumentiert General Müller in seinem bekannten Brief, durch den Minister Böttcher eine offene Kampfansage gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgesprochen, und in der Resolution veranlaßt worden. Die Aufforderung zur Bewaffnung sei gleichbedeutend mit dem Aufruf zum bewaffneten Kampf. Die Rede stelle sich als einen Verstoß gegen die vom Wehrkreiskommandeur auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September erlassenen Verfügungen dar.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner hatte für die Landtagsabstimmung am Donnerstag die Bekanntgabe seines Materials über die Verbindungen der Reichswehr mit illegalen rechtsradikalen Organisationen angefündigt. Überraschungen sind jedoch ausgeblieben. Der Ministerpräsident betonte, daß er von der Bekanntgabe eines großen Teiles seines Materials abstehe. Zeigner behauptete, daß illegale Truppen auch heute noch rings um Berlin ausgebildet wurden. Erst dieser Tage seien in Leipzig 1500 Mann eingestellt und eingeleitet worden. Auf dem Truppenübungsplatz Königsdorf werden ebenfalls eine große Anzahl von Leuten, zum größten Teil Studenten, in vier- bis sechsständigen Kursen bei der Reichswehr ausgebildet. Die letzte Regierungskrise im Reich sei unter dem starken Druck der schwarzen Reichswehr mit entstanden. Es handele sich um viele Tausend Menschen. Schlesien, Pommern, Mecklenburg entwickelten sich nach dem Muster Bayerns. Der Höhepunkt der Gefahr wird dann erreicht sein, wenn es sich klar herausgestellt hat, daß eine für Deutschland erträgliche Verständigung mit Frankreich überhaupt nicht mehr möglich sei. Wenn bis dahin die illegalen Organisationen nicht zerfallen sind, dann sei eine Katastrophe nicht aufzuhalten, so wenig er auch diese Organisationen für einen Kampf nach außen für geeignet noch für geschaffen halte. Es besteben genaue Abmachungen zwischen der Reichswehr und diesen Organisationen. Die Organisationen müssen binnen wenigen Wochen zerfallen sein, sonst ergebe sich eine ungeheure Gefahr für den Bestand des Reiches. Frankreich wisse von diesen Dingen und werde die Auflösung unter viel schärferen Umständen verlangen, als wir sie jetzt haben können.

In der Debatte kam es zu stürmischen Szenen. Der deutsche nationale Abgeordnete Buntler erklärte im Namen seiner Fraktion, er werde zu diesen Mitteilungen nicht Stellung nehmen, da sie offenbar Landesverrat bedeuteten. Er bedauere, daß die Reichsregierung noch nicht Mittel gefunden habe, um die Immunität der Abgeordneten bei Landesverrat aufzuheben. Diese Worte entsetzten einen ungeheuren Tumult, der minutenlang andauerte. In den Lärm hinein rief der sozialdemokratische Abgeordnete Renke, der Dresdener Reichspräsident ist: „Sie sind der erste, der an den Laternenpfahl kommt!“

In der Sitzung des Landtages wurde folgender kommunistischer Antrag gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen: „Der sächsische Landtag wolle beschließen, daß die sächsische Regierung bei der Reichsregierung auf eine Entlassung des Reichswehrministers Dr. Gessler hinwirke.“

Auch das Verhältnis zwischen Bayern und Sachsen hat sich weiter zuspitzt. Die Mitteilungen des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner, die bayerische Regierung habe in Berlin eine Note überreicht, die dagegen protestiere, daß ein von

der bayerischen Regierung verbotener Betriebsratskongress unter dem Schutz der sächsischen Regierung in Dresden abgehalten wurde, wird in Berlin als absolut unwohl bezeichnet.

Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, wonach auf eine Nachricht der sächsischen Regierung über die Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers in München, Legationsrat von Dientzenhofer, aus dem sächsischen Staatsdienst Bayern geantwortet habe, die bayerische Regierung sei, solange die kommunistische Partei die erbitterte Feindin jeder verfassungsmäßigen Staatsordnung, in der sächsischen Regierung vertreten sei, nicht in der Lage, einen neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Zugleich hat die bayerische Regierung in Verfolg dieser ihrer Stellungnahme den bayerischen Gesandten bei der sächsischen Regierung, Dr. von Freger, abberufen. Dr. von Freger übt dieses Amt neben seinem Posten als Gesandter in Berlin aus.

Sozialdemokratie und Reichsregierung

Hauptsächlich die sächsische Krise hat wohl den sozialdemokratischen Parteivorstand zu dem bereits mitgeteilten Beschluß auf Aufhebung des Belagerungszustandes veranlaßt.

Der „Vorwärts“ führt aus, es sei zuzugeben, daß die Rede des kommunistischen Böttcher, gegen die sich General Müller wendet, sehr tödlich gewesen sei. Böttcher, der erst seit ein paar Tagen sächsischer Finanzminister ist, habe wahrscheinlich noch nicht begriffen, daß es zweierlei ist, großartige Reden zu halten und verantwortliche Politik zu treiben. Für die Tätigkeit des Generals Müller jedoch sei der Reichswehrminister verantwortlich, der einer Regierung angehöre, in der auch Sozialdemokraten sitzen. Weiß der General in Dresden, so fragt der „Vorwärts“, was er tut? Weiß er, daß seine Handlungen die Reichspolitik in entscheidender Weise beeinflussen können. Das ganze Vorgehen gegen Sachsen, wo die Möglichkeit einer Verhängung durchaus gegeben sein, tragen die Folgen kampfartiger Überreizung und leidenschaftlicher Unüberlegtheit. Der „Vorwärts“ sagt: Man erreicht damit, daß sich mit jedem Tag die Zahl der Sozialdemokraten vermehrt, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichsregierung möglich sein wird. Zu denen, die sich in den letzten Tagen immer wieder diese Frage vorlegen, gehören nicht nur jene Parteigenossen, die von Anfang an von einem Wiedereintritt in die Regierung nichts wissen wollten, sondern auch solche, die sich für ihn mit aller Entschiedenheit einsetzten. Es ist notwendig, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß man der sozialdemokratischen Partei nicht zumuten darf, sie solle Dinge bedenken, die sie durchaus nicht bedenken kann.“

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: „Schließlich sollte die Regierung nicht vergessen, daß gerade in dieser Zeit bei allen Handlungen auch psychologische Momente nicht außer acht gelassen werden sollten. Sie weiß, daß sich ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft mit der sächsischen Regierung solidarisch fühlt, weil es sich hier um eine Arbeiterregierung handelt. Die Erregung wird deshalb nur künstlich gesteigert durch Maßnahmen, wie sie der sächsische Wehrkreiskommandeur scheinbar im Einvernehmen mit Herrn Gessler in letzter Zeit gegen die sächsische Regierung getroffen hat. Wir betreten nicht, daß diese oder jene Maßnahme des sächsischen Kabinetts auch in unseren Reihen nicht überall Billigung gefunden hat, aber das Eine ist sicher, in einem bewußt von Berlin heraufbeschworenen Konflikt zwischen der sächsischen Regierung und dem Reich steht die Sozialdemokratie und die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf der Seite Sachsens. Diese Tatsache sollten auch Herr Stresemann und der Reichswehrminister nicht unterschätzen. Allein auf sie fällt sonst die Schuld für das Verhängnis, das für das Reich und unser Volk durch einen weiteren Konflikt mit einer Landesregierung heraufbeschworen wird.“

Als symptomatisch für die Stimmung in sozialdemokratischen Parteitagen sei verzeichnet, daß auf einer Tagung der erweiterten Ortsvereinigungen der Berliner „Freiwilligen“ sozialdemokratischen Organisationen nach einem Referat des Bundesvorstandsmittels Grahmann vom U. G. D. eine Entschleunigung angenommen wurde, die für den Fall eines bevorstehenden Vorgehens gegen das sächsische und thüringische Proletariat die Entlassung des Generals Böttcher forderte.

Die „Völkische Zeitung“ meint, es werde keinen verantwortlichen Politiker geben, der die Stellung eines Ultimatum an die sächsische Regierung durch den Wehrkreiskommandeur für politisch tragbar im Rahmen einer Koalitionspolitik halte. Es gebe nur einen gangbaren Ausweg: Aufhebung der jehigen Form des Ausnahmezustandes und Einführung des zivilen Ausnahmezustandes.

Das Arbeitszeitgesetz

Die Verhandlungen der Sachverständigenkommission der Koalitionsparteien des Reichstags über das Arbeitszeitgesetz sind Donnerstag nachmittag zum Abschluß gebracht worden. Es gelang, in allen wesentlichen Punkten eine Einigung zu erzielen. Die Regierungsvorlage, die auf Grund der Vorschläge der Kommission umgearbeitet wird, wird also voraussichtlich unter Festhaltung am Achtstundentag für den Verbau und für die besonders gesundheitsgefährlichen Betriebe im übrigen die achtstündige Arbeitszeit grundsätzlich vorsehen, aber überstunden bis zu 9 oder 10 Stunden täglicher Gesamtarbeitszeit zulassen. Beseitigt wurde die Bestimmung des Regierungsentwurfes, wonach die Gewerbeaufsichtsbeamten in besonderen Fällen Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen für Frauen, Jugendliche und Kinder zulassen können. Wo verlängerte Arbeitszeit zulässig ist, muß sie durch tarifliche Vereinbarung, eventuell auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens oder in letzter Instanz durch den Reichsarbeitsminister angeordnet werden. Die Forderung der Sozialdemokratie, daß bei den Ausführungsbestimmungen ein Ausschuss des Reichstags mitwirken solle, fand nicht die Billigung der übrigen Parteivertreter. Die Kommission wird am kommenden Dienstag noch einmal zusammentreten, um die dann vorliegende endgültige Fassung des Regierungsentwurfes zu begutachten. Am Mittwoch wird die Vorlage voraussichtlich im Plenum des Reichstages nach kurzen Erklärungen der Fraktionen an den sozialpolitischen Ausschuss verwiesen werden. Der Ausschuss soll den Entwurf so schnell erledigen, daß am Donnerstag die zweite Lesung beginnen kann.

Kurze Nachrichten

Die Herstellung der kleinen Stücke der Goldanleihe (1, 2 und 5 Dollar) ist so beschleunigt worden, daß den Zeichnern ihre Stücke bereits zum größten Teil zur Verfügung gestellt werden konnten. Der Rest dürfte in wenigen Tagen geliefert werden. Mitte der nächsten Woche werden so viele weitere Stücke fertig sein, daß mit dem bestmöglichen Umlauf über den Absatz der Anleihe gemacht werden kann. Der Kauf oder Verkauf ist bekanntlich von der Kapitalverkehrssteuer befreit, die Kapitalprovision wird verhältnismäßig gering bemessen.

Aufhebung von Kartoffelaustrisverboten. Die von den Militärbesatzungsbehörden in Königsberg und Breslau erlassenen Ausfuhrverbote für Kartoffeln aus Ostpreußen und Schlesien nach anderen Teilen des Reichsgebietes sind aufgehoben.

Übernahme des Generals Kossow. Wie die „Post“...
...hat die Reichsregierung beschlossen, den Kommandanten des bayerischen Wehrkreiskommandos, Generalleutnant v. Kossow, abzurufen. Diese Maßnahme sei nicht erfolgt, weil v. Kossow etwa für unzuverlässig gelte. Der sozialdemokratische Innenminister Kossow habe vielmehr bestätigt, daß v. Kossow sich bisher loyal verhalten habe. Er habe es aber bisher nicht vermocht, sich als Träger der Reichsgewalt neben dem bayerischen Diktator durchzusetzen.

Koschach spricht in München. Der aus der Haft entlassene Koschach wird am heutigen Freitag bei der Feier d. Koschach-Abteilung München und des deutschen Kampfbundes im Löwenbräu mit einer Rede vor seine Anhänger treten; auch Hitler wird dort sprechen; die Versammlung ist gestattet worden.

Vor einer Separatistenaktion in der Pfalz? Unter der Überschrift „Die Pfalz in Gefahr!“ bringt die „Münchener Post“ eine Auslassung über die geradezu trostlosen Verhältnisse, die in der Pfalz herrschen. Danach kostet Fleisch bereits 2 Millionen das Pfund. Kartoffeln werden von den Erzeugern nur abgegeben, wenn pro Zentner 1 1/2 Dollar bezahlt wird. Die Zahlungsmittelnot in Ludwigshafen und in der übrigen Pfalz ist sehr groß, infolge der Geldbeschränkungen der Franzosen. Die Separatisten halten ihre Zeit für gekommen. Sie haben in Ludwigshafen Plakate angebracht, in denen mitgeteilt wird, daß am Sonntag von dort aus die Aktion zur Ausrufung einer „freien Pfalz“ einleiten wird. Am Samstag wurde die Polizei in Neustadt a. S. am Sonntag die Polizei in Weiskirchen und am Dienstag die Polizei in Ludwigshafen entworfen. Die Separatisten dagegen sind schwer bewaffnet. Die reichstreuere Bevölkerung ist schulplos.

Auch eine Erhöhung der Telegraphen- und Telephongebühren soll am 20. Oktober eintreten. Das Reichspostministerium bringt eine Veranschlagung der Gebühren in Vorschlag, sodas ab Sonntag ein Ortsgespräch 50 Millionen Mark kosten soll.

Das Goldmarkausgeld beträgt vom 20. bis 23. Oktober einschließlich 93 399 900 000 vom Hundert. Eine Goldmark = 666 Millionen Papiermark.

Die Buchhandelskassenschließung beträgt ab 17. Oktober 1300 Millionen.

Die Ungarische äußere Anleihe. Die Reparationskommission hat einstimmig beschlossen, Ungarn zur Aufnahme einer äußeren Anleihe zu ermächtigen.

Die englische Luftflotte wird nach einer Ankündigung des englischen Luftministers in Zukunft aus 52 Geschwadern bestehen.

Badische Uebersicht

Die Unruhen in Mannheim

Nach den aufregenden drei ersten Tagen dieser Woche herrscht nun in Mannheim wieder vollständige Ruhe und Ordnung. Der Versuch der kommunistischen Partei, die Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not zur Erschütterung der Ordnung in der größten Industriestadt des Landes zu benutzen, um den bekannnten politischen Zielen näher zu kommen, ist vorübergegangen. In den letzten Wochen hat die kommunistische Partei auch in Mannheim, ähnlich wie das in Oberbaden der Fall gewesen war, in Verhörung der Arbeitermassen geradezu übermenschliches geleistet. Der meist außer Arbeit stehenden Jugendlichen wurden eine ganze Anzahl von Aufrufen über die bevorstehende „Entscheidungskampagne“ in die Hände gedrückt, gar nicht zu reden von der mündlichen Agitation, die naturgemäß in dieser Zeit leichtgläubige Ohren findet. Schon vor einer Woche gelang es den Kommunisten, auch hier die Betriebsräte aller Schattierungen auf einen Beschluß zur Bildung einer „proletarischen Einheitsfront“ zu bewegen. Mit Hilfe dieses Beschlusses glaubte man nun aufs Ganze gehen zu können, weshalb zunächst, ohne daß die ordnungsliebenden Arbeiter etwas davon merkten, die Erwerbslosen zu den üblichen Demonstrationen vor dem Rathaus vorgeführt wurden. Dem Versammlungs-, Anfallungs- und Demonstrationsschrei wollte man damit wohl die „richtige Auslegung“ geben. Wie das in solchen Fällen aber immer geht, führte dieses Einheitsunternehmen zu Gewalttätigkeiten. Als am zweiten Tag die Betriebsräte zusammengesetzt wurden, um zur Lage Stellung zu nehmen, verliehen nach Schluß der Versammlung die kommunistischen Teilnehmer diese unter dem Gefang der Internationalen. Man mußte wissen, daß die Polizei in der abgegrenzten Zone solches unmöglich dulden kann. Als diese hiergegen einschritt, wobei völlig außeracht gelassen werden soll, ob bei diesem Einschreiten nicht Mißverständnisse unterliegen, zog man sich wieder zurück und erklärte dieshalb den Generalstreik. Es wurde dabei weder nach den Gewerkschaften noch viel weniger nach den Arbeitern gefragt, die in dieser schweren Zeit meist auf Kurzarbeit gestellt, doch wahrhaftig alles andere nötiger haben, als Lohnausfall. Die Finanzen der Stadt Mannheim z. B. sind völlig zerrüttet. Vor jedem Lohnzahlungstag muß die Stadtverwaltung von Bank zu Bank und von Behörde zu Behörde wandern, um noch die Löhne für die Angestellten und Beamten aufzubringen. Die Straßenbahn ist ein Defizitbetrieb. Das alles aber hindert die Straßenbahner nicht, die Komödie des Generalstreiks auch mitzumachen und der Straßenbahn einen großen Einnahmeausfall zu verursachen. Die Arbeiter haben dann auch glücklicherweise sehr schnell eingesehen, daß ein so zu landegekommener Streik nicht nur die Arbeiter sehr schwer schädigt, sondern auch den Gewerkschaftsorganisationen einfach den Boden der Existenz zerklüftet, der ohnedies durch die schwere der Zeit sehr dünn geworden ist.

Die Kommunisten reden den Arbeitern ständig die Festsitzungsgefahr vor, um sie für die Arbeiter- und Bauernregierung zu erwärmen. Wenn die Kommunisten kluge Leute wären, dann müßten auch sie allgemach begriffen haben, daß das Problem Deutschland, Deutsche Republik leider Gottes bereits von einer ganz anderen Seite angefaßen werden muß. Die kommunistischen Forderungen werden zwar helfen, die fast völlig bankrotte deutsche Wirtschaft vollends zu zerrütten, nicht aber werden sie dazu beitragen, die kommunistische Zukunftsidee zu verwirklichen.

Eine ungläubliche Dreistigkeit

Der kommunistische Abgeordnete Bod von Bröck hat in einer Betriebsräteversammlung in Freiburg die Frage, ob die in der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlichten, die kommunistische Partei belastenden Dokumente richtig seien, damit abgelehnt, es seien dies Fälschungen und Unterstellungen. Demgegenüber sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei dem Material um keine Fälschungen handelt. Es gelang dieser Tage, noch einem anderen kommunistischen Vertrauensmann in Oberbaden das gleiche und noch weiteres Material abzunehmen, sodas der Versuch der Ablehnung eine Dreistigkeit darstellt.

Eine Rede des Finanzministers Köhler

In einer Zentrumsversammlung in Karlsruhe-Mühlburg verteilte sich Finanzminister Köhler über die augenblickliche Lage. Er betonte erneut das Festhalten Badens am Deutschen Reich und erklärte, jede Distinktion über die Loslösung oder die Neugliederung des Reiches müsse abgelehnt werden. Die große Koalition sei gegenwärtig die einzig mögliche Regierung in Deutschland. Zu wünschen sei dringend, daß für Baden der Belagerungszustand aufgehoben werde, da die Zivilbevölkerung wohl imstande sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten bezw. wieder herzustellen; die Vorgänge in Oberbaden im September und die jüngsten Vorformnisse in Mannheim hätten das deutlich bewiesen. — In seinen weiteren Ausführungen forderte Finanzminister Köhler ein sofortiges scharfes Eingreifen der Reichsregierung gegen die Preispolitik der Syndikate und Kartelle, da die gegenwärtigen Zustände nicht mehr länger zu ertragen seien. Was die Ernährungslage anbetreffe, so habe die badiische Regierung in sehr großem Umfang Mühseligkeiten für die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Mehl übernommen. — Weiter wandte sich der Minister der Steuererhebung zu, die dringend und durchgreifend reformiert werden müsse. Die Wohnabgabe habe sich überlebt und die Wohnungspolitik sei alsbald auf eine andere Grundlage zu stellen. Was die Sanierung der Reichsfinanzen anlangt, so sollten die Allerreichsten im Staate zu einer kräftigen Sonderabgabe herangezogen werden. Die badiischen Kleinbauern befänden sich in einer keineswegs rosigten Lage und die Not der Arbeiterschaft sei gerade so groß, wie die innerhalb der Beamenschaft, der Handwerker und der Rentner. Es sei deshalb durchaus ungerade, daß sich die einzelnen Volksschichten gegenseitig bekämpften und dadurch die Gegenseite im Volke verhärteten. Die badiische Regierung werde auch künftig energisch allen Versuchen, Unruhe zu stiften, entgegenzutreten und sie erwarte die Mitarbeit aller derjenigen, die es ernst meinen mit dem Kampf gegen die Gewinn- und Profitsucht.

Eine Notgemeinschaft der Arbeiterparteien

Am Donnerstag fand im Friedrichshof zu Karlsruhe eine Betriebsrätevollversammlung statt, über die der sozialdemokratische „Vollstreuer“ schreibt, daß ihr Verlauf für die Arbeiterbewegung nicht nur in Karlsruhe, sondern in ganz Mitteleuropa, von größter Bedeutung werden könne. Abgeordneter Dörter sprach über den Arbeitszeitgesetzentwurf, wie er dem Reichsarbeitsrat vorliegt, dessen Mitglied der Redner ist. Dörters Ausführungen mündeten dahin aus, daß der Entwurf, der den Reichsarbeitsrat beschäftigt hat, weder für die Gewerkschaften, noch für die Arbeiterschaft tragbar ist. Die Arbeiterschaft sei infolge ihrer politischen wie gewerkschaftlichen Reifheit gegenüber dem geschlossenen Unternehmerstum in schwerem Nachteil und die Arbeiterkämpfe innerhalb der linksstehenden Arbeiterparteien stellen die Schwäche der modernen Arbeiterbewegung, dafür aber die Stärke ihrer Gegner dar. Abgeordneter Schöpslin entrollte ein Bild über die katastrophale wirtschaftliche Situation, die durch die enorme Arbeitslosigkeit und durch den alle Schranken überschreitenden Wucher so niederdrückend und unheilvoll auf unserem gesamten politischen Leben lasse. Wenn nicht wirklich energische Quariffe der Reichsregierung folgen, so sind nach der Auffassung des Redners Ereignisse von der weittragenden Bedeutung unvermeidlich. Es war wohl der letzte Versuch, durch das Ermächtigungsgesetz das Reich zu retten und nur dieses Ziel rechtfertigt auch den Versuch. Jetzt aber müsse von der Reichsregierung mit allen Instrumenten gespielt werden. Die Arbeiterkämpfe und die Tragik der deutschen Arbeiterbewegung darstellte, die die Front der proletarischen Parteien herzustellen, sei heute nach der Auffassung des Redners kaum möglich, denn die Gegenseite seien dazu noch zu groß. Aber etwas könne heute schon geistehen: daß der müderliche und für alle verderbliche Arbeiterkampf eingestellt werde. Wenn man sich inmitten der gemeinsamen und tiefen Not dazu verstehen würde, sowohl in den Vereinen wie in Versammlungen und auch in der Presse der proletarischen Parteien nur in sachlicher Weise die Gegenseite auszufechten, den persönlichen Kampf aber zu unterlassen, so würde das von den weittragenden und vorteilhaftesten Folgen begleitet sein. Zu diesem Vorschlag möge sich die Betriebsräte nimmere äußern.

Der kommunistische Lubinski unterstützte den Vorschlag Schöpslins. Er machte den Vorschlag, eine Art „Notgemeinschaft“ der proletarischen politischen Parteien, der Gewerkschaften, des AFA- und des Beamtenbundes unverzüglich zu bilden, um den Anforderungen der kommenden Not gemapnet zu sein. Die Verbände der genannten Körperschaften mögen sich zusammenfinden, um Richtlinien zu beschließen, wie ein engeres Zusammenarbeiten in Not und Gefahr möglich sei. Alle drei Redner fanden bei der Versammlung fürmischen Beifall, ein Beweis, daß ihre Ausführungen den Betriebsräten aus dem Herzen gesprochen waren. Der kommunistische Bechtle brachte eine Entschließung ein, deren erster Teil von allen Teilnehmern akzeptiert werden konnte, während auf Vorschlag des Vorstehenden der zweite Teil der Besprechung den Vorständen überwiesen wurde. Auf Vorschlag Bechtles wurde von einer Distinktion Abstand genommen.

Der „Vollstreuer“ schreibt dazu weiter: „Die wachsende reaktionäre Gefahr hat dieser Versammlung, die einer ausgezeichneten Verlauf genommen hat, den Stempel aufgedrückt, ebenso auch das Vorgehen der Unternehmungsorganisationen. Gemeinsame Gefahren und gemeinsamen Not erfordern demnach gemeinsame Abwehr. Sollte es, was wir durchaus wünschen, zwischen den Karlsruher Arbeiterorganisationen für die Stunden der Gefahren, in der Hilfe für die furchtbar notleidende erwerbsfähige Bevölkerung zu einer Verständigung kommen, so ist damit keineswegs gesagt, daß die politischen proletarischen Parteien ihr Programm aufgeben oder sich von Zielen abdrängen lassen wollen, die sie als richtig und notwendig erkannt haben. Ebenjowenig werden die Gewerkschaften sich aus den ihnen zugewiesenen Aufgaben drängen lassen, aber dem gemeinsamen kapitalistischen und reaktionären Gegner, die nach einseitigen und vereinbarten Richtlinien getroffene taktische Abwehrfront entgegenzusetzen, das kann geschehen. Wir sagen: Das kann geschehen. Es wird vom Verlauf der engeren Beratungen, in den allernächsten

Tagen abhängen, inwieweit das möglich ist. Es gibt Fortsetzungen, die für uns völlig unannehmbar und unbillig sind, aber wir begrüßen es aufrichtig, daß jetzt, abendbinst als Redner der Kommunisten mit allem Nachdruck tonie, daß auch die Kommunisten in Karlsruhe Klärungen und bergleichen entschieden verurteilen, daß mit solcher wenn auch menschlich heute durchaus begreiflichen Verzweiflung, die Lage der Arbeiterschaft nicht gebessert werden kann.“

Landwirtschaftliche Woche in Freiburg

Die diesjährige Landwirtschaftliche Herbstwoche in Freiburg nahm Mittwoch vormittag mit der Eröffnung der Landwirtschaftlichen Ausstellung ihren Anfang. In den Räumen der städtischen Kunst- und Festhalle und dem anschließenden Garten war auch dieses Jahr wieder eine reichhaltige Ausstellung aller die Landwirtschaft und verwandten Betriebe interessierenden Artikel zusammengestellt worden. Oberbürgermeister Dr. Bender (Freiburg) eröffnete die Ausstellung im Beisein der beschuldigen und korporatistischen Stäben mit einem Hinweis auf den Ernst der Zeit und die bis zur Durchführung der Ausstellung zu überwindenden Schwierigkeiten. In Anbetracht des Umstandes aber, der Landwirtschaft für Steigerung ihrer Produktion die neuesten technischen Erzeugnisse vorzuführen zu können, glaubte sich die Stadt diesen Bemühungen nicht entgegen zu stellen, wie man denn auch hofft, daß die Ausstellung aus den landwirtschaftlichen Kreisen der näheren und weiteren Umgebung reichen Zuspruch finden möge.

Die Ausstellung ist in diesem Jahre reichlicher besetzt wie im Vorjahre. Auffallend ist das Fehlen der unterbadischen Großfirmen, die lediglich für den Export arbeiten, dagegen das Auftreten württembergischer Kleinbetriebe. In überreicher Fülle steht man Futtererzeugnisse, Sämereien, Traktoren, keine Drechsmaschinen, Kellern für Obst und Wein von den kleinsten bis zu den größten Dimensionen, automatische Pressen, Kartoffel-Roder, Mähdrescher, Seutwender und alle möglichen neuzeitlichen Gerätschaften für den selbstmäßigen Gemüsebau. Zu erwähnen sei noch die beachtenden Ausstellungen des badiischen Weinbauinstituts und des badiischen Bauernvereins, die an Hand von Präparaten und graphischen Darstellungen ein anschauliches Bild über die den Feldfrüchten drohenden Gefahren und Krankheiten und über die Mittel zu ihrer Bekämpfung geben. Auch der erstmals in diesem Jahre in Süddeutschland bei Baden-Baden aufgetretene Kartoffelkrebs ist dargestellt.

Besuch deutscher Gräber im Elsaß

Auch in diesem Jahre ist, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, zu Allerheiligen der Besuch von deutschen Gräbern im Elsaß möglich. Für den Besucher ist ein deutscher Personalausweis erforderlich, der an der Grenzübergangsstelle bificiert wird; hierfür wird eine Gebühr von 5 Franken erhoben. Außer diesem Personalausweis wird noch eine Bescheinigung des elsässischen Bürgermeisters verlangt, daß sich in der Gemeinde das Grab eines Angehörigen des Ausreisenden befindet. Eine Vermittlung des französischen Konsulats ist in dieser Angelegenheit nicht nötig.

Evang.-Kirchliche Nothilfe

ep. Die Evang. Kirchenregierung hat, einer Anregung der Landesynode folgend, beschlossen, im Bereich der Landeskirche eine ev. kirchliche Nothilfe-Sammlung als Sammlung von Haus zu Haus durchzuführen. Die Sammlung soll der unter der Not der Zeit leidenden ev. Landeskirche weitere Mittel schaffen für ihre laufenden Bedürfnisse, insbesondere auch zur Verstärkung ihres Betriebsfonds zwecks rechtzeitiger Auszahlung der Gehaltsbezüge der Geistlichen. Der Aufruf der Landesynode wird am Sonntag, den 21. d. M. von den Kanzeln beteten werden. Die Sammlung soll in der Woche darauf durchgeführt werden.

Die auf den Gemarkungen der Städte Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Pforzheim und Weinheim gelegenen Kirchengemeinden haben sich zur gemeinschaftlichen Ausübung des Bestenrechts als Zweckverbände jeweils zu einer Gesamtkirchengemeinde vereinigt. Dazu wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Nr. 68 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Nothilfe: die Ausübung polizeilicher Befugnisse. — Verordnungen und Bekanntmachung: des Staatsministers: Verwaltungsgebühren; Proberzeugung; des Finanzministers: Dienstfreizeiten; des Justizministers: zur Abänderung der Fürsorgeerziehungsordnung. — Druckfehlerberichtigung.

Die Schließung des badiischen Einzelhandels beträgt für Freitag, 19. Oktober, 255 Millionen (Vortag 175 Millionen).

DZ. Weinheim, 18. Okt. Auf dem Bahnhof Zwingenberg stehen zwei Güterzüge zusammen, wodurch etwa 15 Wagen gänzlich geräumt wurden. Menschen sind nicht verunlät. Der Verkehr Frankfurt-Heidelberg erlitt Verspätung. Das alte Stellwerk am südlichen Übergang von Zwingenberg wurde umgerüstet.

DZ. Freiburg i. Br., 16. Okt. Seit einiger Zeit hört man regelmäßig um die Mittags- und Abendstunden vom Elsaß her schwere Detonationen, die an die Kriegszeit erinnern. Wie erlautet, soll es sich dabei um Sprengungen handeln, die gegenwärtig an den Fords bei Neubreisach vorgenommen werden.

DZ. Freiburg i. Br., 17. Okt. Der Kreisvoranschlag 1923/24 schlägt in den Ausgaben mit 2383 Milliarden ab, denen an Einnahmen 1023 Milliarden gegenübersteht, so daß ein ungedeckter voranschlagsmäßiger Aufwand von 1360 Milliarden Mark verbleibt, die durch Kreditheften zu decken wären. Vom 1. Januar 1924 ab soll die Wartung der Kreiswege wieder den Gemeinden selbst übergeben werden. Es ist daher den Straßen- und Wegwärttern auf diesen Zeitpunkt fürorlich gekündigt worden. Die Kreisverwaltungen sollen sich künftig selbst erhalten. Der Kreisrat hat zu diesem Zweck bereits Vorororge getroffen, daß die Pflegeteile usw. auf einer dem Selbstkostenaufwand entsprechenden Höhe gehalten werden. Von den Anfallen kommen in Betracht die Kreispflegeteile die landwirtschaftlichen Kreiswinterschulen in Freiburg und Ettenheim, das Mittelstandserholungsheim Lützenböde und die Kreisfahrschule Kenzingen.

DZ. Staufen, 18. Okt. Der Antrag des Gemeinderats Staufen, den Beitritt der Stadtgemeinde Staufen zum Zweckverband Münsstertaltraktwerk wurde in der letzten Bürgerauskunftung durch Beschluß sämtlicher drei Parteien einstimmig abgelehnt, da die Satzungen den beteiligten Gemeinden jeglichen Einfluß auf die Errichtung des Werkes und sein Ausführung nehmen. Nach längerer Debatte wurden die Satzungen des Zweckverbandes dann mit entsprechenden, vor allen drei Parteien eingebrachten Abänderungsvorschlägen angenommen. Es fand ferner ein Antrag Annahme, wonach für die Finanzierung des Elektrizitätswerkes Münsstertaltrakt

werk ein außerordentlicher Holzstiel von 5000 Festmeter genehmigt wird

DZ. Stuttgart, 16. Okt. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse fällt die für Ende Oktober vorgesehene Konstanzer Herbstmesse aus. Eine große Beschädigung sowohl der Verkaufs- wie auch der Schauvorbereitung wäre wohl kaum zu erwarten gewesen, da die Transportkosten ins Riesenhafte gestiegen sind.

Aus der Landeshauptstadt

Die kürzeste Straßenbahnfahrt kostet ab heute 80 Millionen Mark.

Vom Rudersport. Der Karlsruher Ruderverein „Salamander“, der nach dem Krieg mit einem andern Ruderverein sich vereinigt hatte, hat bekanntlich vor Jahresfrist diese Gemeinschaft gelöst und seine frühere Selbständigkeit zurückgewonnen. Trotz der Ungunst der Verhältnisse hat er unter Aufbietung gewaltiger Anstrengungen und eines einzig dastehenden Opferwillens seiner Mitglieder, die zum Teil noch zu den Gründern des Jahres 1879 gehören, einen neuen Bootspark geschaffen. Die vier neuen Boote stammen aus der berühmten Berliner Bootswerft F. Pirch und werden in den nächsten Tagen in Karlsruhe eintreffen. Dadurch wird es dem wiedererstarrenden Klub möglich sein, sein Sportsprogramm für das Jahr 1924 rechtzeitig in Angriff zu nehmen. Das dem Verein der „Alten Herren“ des Salamander gehörige Bootshaus am Rheinhafen ist noch von den Franzosen besetzt. Der Klub hat sich aber einen bestgeeigneten Bootschuppen auf der Insel Rappentwörth geschaffen, so daß der Ausübung des Rudersports nichts im Wege steht. Die Bemühungen des Salamander um eine gesunde Entwicklung des Rudersports in Karlsruhe haben beim Deutschen Ruderverband Würdigung und Zustimmung gefunden und der Klub wird wieder als Mitglied des Deutschen Ruderverbandes geführt.

Landestheater. Wie bereits bekanntgegeben, findet am ersten Weihnachtstage die hiesige erste Aufführung von Hans Pfitzners musikalischer Legende „Kaletrina“ statt. Da das Werk an alle Ausführenden die höchsten Anforderungen stellt, so wurde mit den Bühnenproben (Teilproben) schon jetzt begonnen. Die musikalische Leitung hat Herr Operndirektor Fritz Corotolis; in Szene gesetzt wird das Werk von Oberregisseur Carl Stang.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

am 19. Oktober vorbörslich

Tendenz: sehr fest.

	19. Oktober	Wirt. Berlin Kurs v. 18. Okt.	Wirt. Berlin Kurs v. 18. Okt.
Amsterdam	3 800 000 000	3 199 800 000	3 216 000 000
Kopenhagen	1 700 000 000	1 432 410 000	1 439 500 000
Italien	445 000 000	371 070 000	372 930 000
London	44 000 000 000	36 907 500 000	3 709 250 000
Newyork	9 750 000 000	8 139 600 000	818 040 000
Paris	585 000 000	490 770 000	493 230 000
Schweiz	1 745 000 000	1 464 330 000	1 471 570 000
Prag	290 000 000	243 390 500	244 610 000

Ämtliche Dollarnotierung der Frankfurter Börse vom 18. Okt.: Geld 8 778 000 000, Brief 8 822 000 000.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Mündergelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Leichter Kurs: (in Tausend Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca. 30 000 000
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca. 28 000 000
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca. 5 000 000
7% Neckarwerke Goldanleihe	ca. 5 000 000
5% Preussische Kali-Anleihe pro 100 kg	ca. 5 000 000
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Jtr.	ca. 4 500 000
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca. 5 000 000
Dollarschikanenweisungen des Deutschen Reichs	ca. 10 000 000
Goldanleihe d. Deutschen Reiches	ca. 9 500 000
Ferner nennen wir noch die nicht mündelsicheren	
5% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim	ca. 2 200 000

Die diesjährige Karlsruher Herbstmesse fällt infolge der ungünstigen Zeitlage und des Fehlens von Anmeldungen ärztlicher Geschäfte aus.

Verschiedenes

Diebstahl bei der Post

Gegen eine vierzigtöpfige Posträuberbande wird zurzeit vor der Berliner Strafkammer verhandelt. Beim Postamt Wilmersdorf wurden in den letzten Jahren viele Pakete ganz gestohlen oder zu einem erheblichen Teil ihres Inhaltes beraubt. An diesen Diebstählen beteiligte sich ein großer Teil von unteren Beamten. Es wurden sehr wertvolle Sachen geraubt und in solchen Mengen, daß damit ein schamhafter Handel seitens der Diebesgesellschaft betrieben wurde. Außer Lebensmitteln aller Art befinden sich unter der Beute Kleiderstoffe, Schuhe, Pelze, Mäntel, silberne Löffel, Uhren u. a. m. An der Spitze der Diebhande stand der Betriebsrat Ernst Kirsten. Eine führende Rolle spielten ferner der frühere Stabverordnete Postkassierer Paul Behrendt sowie die Postauswärtiger Fritz Marothly und Willi Belske. Der Hauptabnehmer der Beute war der Händler August Handrid. Marothly hat außerdem Dollarnoten und Schecks sowie Briefe unterschlagen. Der Angeklagte Kirsten hat es verstanden, sich das Vertrauen des Postleiters des Postamtes zu erwerben und war zum Gruppenführer einer Paketfortierkolonne ernannt worden. Die Sortierung der Pakete fand in einem besonderen Raum im Keller statt. Kirsten hatte die Aufgabe der Überwachung. Zusammen mit Behrendt war Kirsten Betriebsrat, und er hatte besonders die Aufgabe, darauf acht zu geben, daß unzuverlässige Personen aus dem Dienst entfernt wurden. Wie sie diese Vertrauensstellung mißbraucht haben, beweist die Anklage. Kirsten soll seiner Kolonne erklärt haben, man brauche vor Entdeckung keine Angst zu haben. Er übernehme als Betriebsrat alle Verantwortung. Jeder könne aus den Paketen nehmen, was er wolle. Dieser Weisung sind die Postbeamten denn auch eifrig nachgekommen. Neben den Postbeamten, zum größten Teil Postkassierer, Auswärtiger und Auswärtigerinnen, sind auch größtenteils die Frauen der männlichen Angestellten mitangellagt.

Das amerikanische Antialkoholgesetz, das lediglich für die Dauer von 41 Monaten erlassen worden ist, läuft jetzt ab. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat nunmehr den Bericht des Generalsekretärs Daniels Dougherty über die Wirkungen der Prohibition eingeholt, um an der Hand des seit vier Jahren aufgeschickten Materials ein Ur-

teil über die Zweckmäßigkeit des Prohibitionsgesetzes zu gewinnen. Der Generalsekretär, der selber ein Anhänger der Abstinenzbewegung ist, hat dennoch ein geradezu vernichtendes Urteil über die Folgen der Prohibition in moralischer Beziehung ausgesprochen, und sich aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit gegen eine Fortsetzung des bisherigen Systems gewandt. Er spricht ferner von einer kriminologischen Woge und von einer Epidemie des Betruges und der Verführung, die über die Vereinigten Staaten gekommen sei. Durch die behördlichen Organe sind im Jahre 1922 nicht weniger als 90 000 Gesetzesübertretungen festgestellt worden, in Newyork sind in derselben Zeit 223, in Chicago 3300 Morbitalen begangen worden, gegenüber neun Morbitalen in London in demselben Zeitraum. Zweifellos sind die Tage des Alkoholverbots, wenigstens in seiner radikalen Fassung, gezählt und Amerika dürfte sich über lang oder kurz nach einer Periode der „Trodenheit“ wieder einer fruchtbringenden Lebensweise erfreuen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Die Autogenabteilung der Firma Hager und Weidmann G. m. b. H. in Bergisch-Gladbach ist als Verkaufsabteilung von der Firma Hager-Industrie Rom. Gesellschaft auf Aktien in Bergisch-Gladbach übernommen worden. Damit sind auch die der Firma Hager und Weidmann für ihre Patentapparate erteilten Typeneignisse J. 1, J. 75 und A. 25, A. 61 auf die Hager-Industrie übergegangen.

Die Zulassung der genannten Typenummern erfolgte in Nr. 78 vom 27. März 1922 und Nr. 154 vom 6. Juli 1923 dieses Blattes.

Parisruhe, den 16. Oktober 1923.
Der Badische Arbeitsminister:
J. B. Fuchs. Spiegel.

Der Stadt Freiburg wurde die Genehmigung erteilt, wertbeständige Schuldverschreibungen auf den Inhaber bis zum Nennwert von 60 000 Festmetern Nadelstichholz III. Klasse sowie die zugehörigen Zinscheine auf den Inhaber auszugeben.

Parisruhe, den 17. Oktober 1923.
Der Minister des Innern:
J. A. Weigel. Raier.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Zurückgesetzt:
Polizeiwachmeister Paul Schäfer in Karlsruhe.

Entlassen auf Ansuchen:
Oberrevijor Otto Leinz von Mannheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Entlassen:

den ordentlichen Professor der Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr. Ing. Anton Schwaiger seinem Ansuchen entsprechend mit Wirkung vom 1. Oktober 1923.

Zurückgesetzt:
Gewerbeschulldirektor Jakob Feuerstein an der Gewerbeschule Weinheim; Gewerbelehrer Eugen Schmitt an der Gewerbeschule Sinsheim.

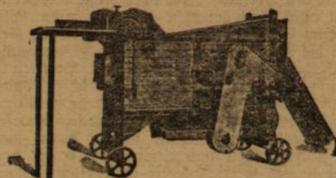
Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.
Telephon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201
Telegramm-Adresse: Landmaschine.

Großhandlung landwirtsch. Maschinen

Generalvertreter der
R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren
Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.
Beste und billigste Bezugsquelle.

Gebr. Wülker
Teleph. 573 Karlsruhe i. B. Rüppurrerstr. 64



Alleinvertreter der Firma Heinrich Lanz, Mannheim, Abt. A

Franz Haniel & Cie., G. m. b. H. Karlsruhe
Kaiserstr. 231 // Groß- und Kleinverkauf // Fernruf 4855

Abteilung Kohlen:
Kohlen, Koks, Briquets, deutscher u. ausländ. Herkunft

Abteilung Düngemittel:
Schwefels, Ammoniak, Kohlens, Düngekalk, Ammonsulfatpeter, Kalisalz, Thomasmehl

Beste, handhabungssichere
SPRENGSTOFFE
Sprengkapseln und Zündschnüre
zum Sprengen von Baumstumpen
Pulverfabrik Ettlingen (Baden)
Telephon Nr. 8

Badisches Landestheater.
Samstag, 20. Okt. 7 bis g. 1/10 Uhr Sp. I 5.00 M.
Abon. B 4. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4301-4800

Rigoletto.

Spielplan vom 21.-30. Oktober.

Im Landestheater. So. 21. Tannhäuser. 6. (Sp. I 6.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5201-5500. — Mo. 22. Volksbühne L 2. Hamlet. 7. (Sp. I 3.50.) — Die. 23.* Abon. F 4. Tosca. 7. (Sp. I 4.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5501 bis 5800, 7801-8000. — Mi. 24.* Abon. G 4. Zar und Zimmermann. 7. (Sp. I 4.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 7301-7800. — Do. 25.* Abon. B. 5. Der Marquis von Keith. 7. (Sp. I 3.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6901-7300. — Fr. 26. Volksbühne. J. 3. Die lustigen Weiber von Windsor. 7. (Sp. I 4.50.) — Sa. 27.* Neu einstudiert. Der Widerspenstigen Zähmung. Lustspiel von Shakespeare. 7. (Sp. I 4.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301-700. — So. 28. Einmaliges Gastspiel Heinrich Schlusnus von der Staatsoper in Berlin. Rigoletto. 7. (Sp. I 6.00.) Rigoletto: Heinrich Schlusnus. Beginn des Vorverkaufs zu dieser Vorst. am Do. 25. — Mo. 29. Volksbühne. L. 3. Hamlet. 7. (Sp. I 3.50.) Die. 30.* Abon. A. 7. Tannhäuser. 6 1/2. (Sp. I 4.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1-300.

Im Konzerthaus. So. 21.* Altheidelberg. 7. (Park. I 2.50.) So. 28.* Altheidelberg. 7. (Park. I 2.50.) Schlüsselzahl der Eintrittspreise vorbehalten. Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 20. Nachm. 1/4-5 Uhr, gemeinsamer Vorverkauf und weiterer Umtausch von Samstag, den 22. an. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortage der Aufführung i. d. Geschäftsstelle (10-1/1, 4-6 Uhr).

Bekanntmachung.

Der Goldrechnungsatz für Reichssteuern beträgt für die Zeit vom 20. bis 23. Oktober 1923 einschließlich neunhundertsechunddreißig Millionen. U. 213.
Karlsruhe, den 18. Oktober 1923.
Die Finanzämter Stadt und Land.

Die Feldvereinigung im Gewann Vorderer Egelsee und im Gewann Füllbruch, sowie die Feldweganlage im Gewann Vorderer Egelsee, Gemarkung Leutschneureut, betr.

Das Kulturbauamt Karlsruhe hat den Antrag gestellt, auf Gemarkung Leutschneureut im Gewann Vorderer Egelsee und im Gewann Füllbruch eine Feldvereinigung, sowie im Gewann Vorderer Egelsee eine Feldweganlage nach Maßgabe des Feldvereinigungsvertrages und der dazu erlassenen Vollzugsvorschriften durchzuführen. Die Vorarbeiten für das Unternehmen sind vom Kulturbauamt gefertigt und liegen vom 22. Oktober 1923 bis einschließlich 5. November 1923 auf dem Rathaus in Leutschneureut zur Einsicht der beteiligten Grundeigentümer auf. U. 212.

Tagfahrt zur Abstimmung über das Unternehmen wird hiermit anberaumt auf Sonntag, den 11. November 1923, nachm. 2 Uhr, in das Rathaus in Leutschneureut. Hierzu werden sämtliche beteiligte Grundeigentümer zur Vorbringung etwaiger allgemeiner oder besonderer Erinnerungen und Anträge sowie zur Abstimmung über die Ausführung des Unternehmens mit dem Bemerken geladen, daß die Nichtercheinenden und die Nichtabstimmenden als dem beantragten Unternehmen nach dem vorgeschlagenen Plan und den etwa in der Tagfahrt — unbeschadet der Hauptgrund-

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

U. 214. 1. Abt. Die Entmündigung des Gottlieb Schenker I, Landwirt in Reichenheim, wegen Trunksucht wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Lahr vom 13. Oktober 1923 aufgehoben.

Lahr, 13. Okt. 1923.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Bauarbeiten für 2 Untersuchungsgruben und 3 Entschlammungsgruben im Abstellbahnhof Freiburg nach Finanzministerialver-

ordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben wie folgt: Baugrubenausbau 1100 qm, Stampfbeton 500 qm, Eisenbeton 80 qm, Mauerwerk 70 qm, Zementglatz 290 qm, Zementrohrlösungen 15 und 20 cm 128 ldm. Bedingungen und Zeichnungen liegen im Dienstzimmer 29 unjener Dienststelle im Güteramtgebäude Freiburg, Waldkirchstraße 12, II. Stock, von 8-12 Uhr zur Einsicht auf, wo auch Abgabe der Angebotsformulare gegen Vergütung. Kein Verband nach auswärts. Angebote beschließen und mit der nötigen Aufschrift bis 20. Oktober 1923, vormittags 10 Uhr, auf dem Baubüro des Eisenbahnausbesserungswerkes eingereichen. Zuschlagsfrist drei Wochen.

Karlsruhe, 15. Okt. 1923.
Reichsbahndirektion, Hochbaubüro. U. 177. 23

Hochbauarbeiten für das neue Kesselhaus im Eisenbahnausbesserungswerk Karlsruhe zu vergeben. Glasfenster und Schloßerarbeiten (eiserne Fenster). Pläne und Bedingnisheft auf dem Baubüro im Hofe des Verwaltungsgebäudes des Eisenbahnausbesserungswerkes Wielandstr. von 8-12 Uhr vormittags zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsformulare gegen Vergütung. Kein Verband nach auswärts. Angebote beschließen und mit der nötigen Aufschrift bis 20. Oktober 1923, vormittags 10 Uhr, auf dem Baubüro des Eisenbahnausbesserungswerkes eingereichen. Zuschlagsfrist drei Wochen.

Karlsruhe, 15. Okt. 1923.
Reichsbahndirektion, Hochbaubüro. U. 177. 23